

Stellungnahme zu einem Antrag öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Bezirksvertretung 9 (Mülheim)	10.12.2018

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/die Grünen und der SPD in der Bezirksvertretung Mülheim hier: Klimawandel lokal begegnen - Bäume und Grün gegen Hitze

Antrag:

Zur Verminderung von hohen Temperaturen besonders aufgrund des Klimawandels fordert die Bezirksvertretung Mülheim die Verwaltung auf:

1. Baumbepflanzung von Straßen, besonders an großen Straßen mit dichter Bebauung.
2. Ersatzbaumpflanzungen bei notwendiger Baumfällung am gleichen Platz bzw. falls nicht möglich in unmittelbarer Nähe bzw. hinsichtlich der Verschattung an sinnvollen Alternativplätzen im Bezirk.
3. Bepflanzung von öffentlichen Gebäuden (bspw. Dachbegrünung), Einbezug in Planung von Neubauten und Unterstützung von Eigenbau von Bürgerinnen und Bürgern.
4. Erarbeitung und Ergreifung weiterer Maßnahmen, die der Bezirksvertretung zur Beratung vorgelegt werden.

Antwort der Verwaltung:

zu 1. und 2.:

Für den Stadtteil Mülheim wurde ein Straßenbaumkonzept entwickelt, das auf der Untersuchung von baumfreien Straßen nach potentiellen neuen Baumstandorten basiert. Das Projekt befindet sich in der finalen Phase und soll nach Abstimmung mit dem Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung im Frühjahr vorgestellt werden. Die Untersuchung wird auf die verbliebenen Stadtteile des Bezirks Mülheim ausgeweitet werden.

Ersatzpflanzungen nach einer Baumfällung sind generell am selben Standort vorgesehen, was jedoch oftmals aus unterschiedlichen Gründen nicht möglich ist. Ausschlussgründe für eine Ersatzpflanzung am selben Standort sind z.B. Baumaßnahmen, zu starke Konkurrenz von Nachbarbäumen oder eine nicht vertretbare Nähe zu Versorgungsleitungen. Folglich wird versucht, im nächstmöglichen Umfeld Ersatz zu pflanzen. Auch wenn ein Standort zur Ersatzpflanzung vorgesehen ist, kann es leider mehr als eine Vegetationsperiode dauern bis diese erfolgt ist. Mit der Einführung des neuen digitalen Baumkatasters wird eine stückweite Optimierung dieses Prozesses und somit ein schnelleres Ersatzpflanzen erwartet.

zu 3.:

In der Begrünung liegt ein wichtiges Potential für die Stadt Köln zur Anpassung an den Klimawandel. In der Zukunft werden in der dicht bebauten Stadt die sommerlichen Hitzeereignisse zunehmen, was durch grüne Dächer, Fassaden und Hinterhöfe, mit einer entsprechenden Verdunstungskühlung abgemildert werden kann. Daher hat im Oktober dieses Jahres das Programm GRÜN - Dächer, Fassaden, Höfe gestartet, das Bürgerinnen und Bürger fördert Ihr Umfeld zu begrünen. Generell werden die Begrünungsmaßnahmen in den Stadtquartieren gefördert, die eine hohe bauliche Dichte aufweisen und dadurch besonders von starker Überwärmung betroffen sind. Auch im Bezirk Mülheim können Bürgerinnen und Bürger eine Förderung beantragen.

Antragsteller sind Privatleute, Vereine und kleine Gewerbebetriebe.

Der Zuschuss beträgt 50% der als förderungsfähig anerkannten Kosten, höchstens jedoch 40,00 € je Quadratmeter gestalteter Dach-, Boden- bzw. Wandfläche. Der Höchstsatz liegt bei 20.000€ pro Antragsteller und Jahr.

Die Begrünung von öffentlichen Gebäuden wird durch das Förderprogramm nicht abgedeckt. Hier sollte die Gebäudewirtschaft angefragt werden.

Bei jedem Bebauungsplanvorhaben werden schon heute seitens der Umweltverwaltung die Belange zur Anpassung an den Klimawandel entsprechend eingebracht. Diese wiederum werden mit anderen Belangen wie bspw. Wohnungsbedarf oder Arbeitsplätze abgewogen. Dass dabei nicht alle Umweltbelange, so auch die Aspekte des Klimawandels vollständig umgesetzt werden, ergibt sich sicherlich von selbst.

zu 4.:

Am 1.1.2019 startet das Verbundprojekt „Hitzeaktionsplan für Menschen im Alter für die Stadt Köln“.

Ziel des Vorhabens ist die Verminderung der (gesundheitlichen) Risiken in Hitzeperioden für die Bevölkerung durch den Aufbau eines Hitzeaktionsplans insbesondere für ältere Menschen.

Das Projekt soll neue Wege der – langfristigen –Zusammenarbeit schaffen. Das Projekt vereint Forschung mit kommunaler Verwaltung und dem regionalen Trinkwasserversorger. Ziel ist es, die Betroffenheit von Menschen im Alter zu ermitteln. Zudem soll die Erreichbarkeit von alten Menschen, nicht nur für Hitzewarnungen, sondern auch für eine eigene Hitzevorsorge ermittelt werden. Das Projekt wird auch in Mülheim Anwendung finden.